

»Wahnsinn. Eine Riesenscheiße«



Freundliches Desinteresse:
Kanzlerin Angela Merkel im
November 2007 in Kabul

Der größte Auslandseinsatz der Bundeswehr in ihrer Geschichte endet mit dem größtmöglichen Fiasko. Am 15. August 2021 erobern die radikalislamischen Taliban in Afghanistan die Macht zurück, von der sie internationale Truppen 20 Jahre zuvor, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, vertrieben hatten. Bilder von diesem Tag brennen sich ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit ein: Tausende Menschen stürmen das Rollfeld des Kabuler Flughafens, einige klammern sich an ein startendes Flugzeug, manche stürzen aus großer Höhe in den Tod. Ein Symbol des gigantischen Versagens. Eines des Westens, der den Afghanen den Aufbau einer modernen Demokratie versprach, stattdessen ein von ihm eingesetztes, korruptes Regime unterstützte und am Ende nichts erreichte außer der Beschädigung des eigenen Ansehens. Und zugleich das Versagen der damaligen großen Koalition in Berlin, die Warnungen übergibt, die Bundeswehr in eine riskante Evakuierungsmission schickte, sich zuerst nicht rechtzeitig um die von den Deutschen beschäftigten Ortskräfte kümmerte – und dann deren Ausreise sogar aktiv verhinderte. Bis heute befasst sich ein Untersuchungsausschuss und eine Enquetekommission des Bundestages mit Fehlern und Versäumnissen aus dieser Zeit. Einer Zeit, in der – als eine Ortskräftefamilie bei der Ausreise getrennt wird, weil das Visum für das Baby nicht rechtzeitig eintraf – ein Staatsbeamter festhält: »Wahnsinn. Eine humanitäre Katastrophe mit Ansage. Eine Riesenscheiße.«

Für diese Geschichte konnte die ZEIT erstmals die geheimen Kabul-Papiere der Bundesregierung auswerten – Vermerke, Morgenlagen, E-Mails, Protokolle, 220 Gigabyte, ein Archiv deutscher Verschlusssachen. Sie zeichnen das wahre Bild hinter dem Evakuierungschaos von Kabul. Sichtbar werden ein Nachrichtendienst, der eine Mär erfand, eine Kanzlerin, die sich nicht sonderlich interessierte, ein Innenministerium, das sich nahe am Rechtsbruch bewegte, ein realitätsfernes Außenamt, ein Verteidigungsministerium, das versuchte – und insgesamt ein Kabinett, dessen Ressorts so lange Verantwortung herumschoben, bis sich niemand mehr zuständig fühlte. Und das Desaster nicht mehr zu verhindern war. Dabei hätte alles ganz anders kommen können.

Im Sommer 2021 fällt den Analysten vom BND eine kleine Reisegruppe im fernen Afghanistan auf. Zwei Männer mit langen Bärten und grauen Gewändern ziehen durch den Süden des

Landes, sie wirken wie harmlose Wanderer, sind aber Taliban-Führer. Der Bundesnachrichtendienst beobachtet, wie die beiden Moscheen besuchen und Stammesälteste vom südlichen Helmand bis zur zentralen Provinz Daikondi treffen. »Raumkontrolle ausbauen«, so nennen das die Experten. Die beiden rekrutieren Kämpfer für die Rückeroberung des Landes. Doch die Mission verschwindet in den Akten, alarmiert ist man nicht unter deutschen Geheimdienstlern. Noch am 3. August 2021 prognostiziert der BND, wann ein Taliban-Emirat real werden könnte: »Nach hiesiger Bewertung ist dies (...) ein frühestens in zwei Jahren wahrscheinliches Szenario.«

Zwölf Tage später, am 15. August, fällt Kabul.

Das Auswärtige Amt

Der Tag, an dem in Berlin spätestens die Alarmglocken hätten schrillen müssen, ist ein Freitag, Ferienzeit. Die erfahrene Botschafterin in Washington, Emily Haber, kabela, sie habe etwas aufgeschnappt, etwas Brisantes.

Am 6. August 2021 schickt sie eilig einen Bericht ans Auswärtige Amt: Achtung, die USA würden Afghanistan in Kürze verlassen, hieß es da, sie hielten den Zusammenbruch der vom Westen unterstützten Republik für »wahrscheinlich« und planten mit einer »eventuell schnellen Evakuierung aller US-Diplomaten«. »In Washington ist man auf alle Szenarien vorbereitet«, schreibt die Diplomatin Haber, man gehe davon aus, dass Deutschland sich auch bereit mache. Kabuls Fall rücke näher. Haber warnt: »Darauf müssen wir vorbereitet sein.« Das ist der Wortlaut der geheim gehaltenen Nachricht (VS VERTRAULICH). In Kopie: das Kanzleramt. Alles müsste jetzt sehr schnell gehen. Die Verteidigungsministerin könne der Bundeswehr Evakuierungsflüge befehlen, das Auswärtige Amt vor Ort warnen und in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eilig Ausreisepapiere für die gefährdeten afghanischen Ortskräfte vorbereiten. Doch Habers Warnung verpufft.

Am 12. August, fast eine Woche später, legt sie nach, diesmal nach einem Dinner mit Avril Haines, der Direktorin der US-Geheimdienste, die im Weißen Haus ein und aus geht. Auch Haines ist von einer Machtübernahme der Taliban überzeugt, nur die Umstände seien noch offen. In Berlin tut sich jetzt etwas: Am 16. August – zehn Tage nach der ersten Warnung – will man sich im Krisenstab treffen. Als sich die Lage in Kabul zuspitzt, wird der Termin hektisch vorverlegt, auf Freitag, den 13.

Mittags tagen die Deutschen zum ersten Mal zum drohenden Kollaps der afghanischen Regie-

rung. Die Amerikaner haben da längst Evakuierungen angeordnet, ebenso die Briten. Und Berlin? Kein einziges Mitglied des Kabinetts nimmt teil am Krisenstab – obwohl die Taliban da nur noch 17 Kilometer vor der »Green Zone« stehen, jenem Bereich von Kabul, in dem die westlichen Botschaften liegen. Als die Stadt 48 Stunden nach der Krisensitzung der Regierung Merkel fällt, sitzen Hunderte Deutsche und Tausende Ortskräfte in der Falle. Sie wussten nichts von der Gefahr, vor der Berlin gewarnt worden war.

Während Afghanistan zerfällt, ist Miguel Berger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Urlaub (»bin ab Montag wieder im Büro«). Als es im Grunde schon zu spät ist, mailt er an Emily Haber: »Gibt es Chancen, dass die USA doch noch einmal eingreifen, um den Vormarsch zu stoppen?« Haber: »Ausgeschlossen.« Er solle ihren Bericht lesen. Sie bietet an, ihren eigenen Urlaub aufzuschieben – nicht nötig, bekommt sie zur Antwort, die Lage sei ruhig. Die Topdiplomatin verweist quasi unter Protest. In dieser Geschichte voller Unterlassungen ist sie die einzige Geistesgegenwärtige.

In Deutschland galt stets die Maxime: Wenn die Amerikaner gehen, gehen wir auch. Ohne die starke US-Präsenz habe der Einsatz keinen Sinn. Haber hatte bereits im Jahr zuvor vor einem US-Abzug gewarnt: »Stell dir vor, es wäre Krieg und die Amerikaner gingen einfach weg ...« steht im Betreff einer ihrer Berichte von 2020. Auch das wurde ignoriert. Warum?

Vielleicht weil nicht wahr werden durfte, was nicht wahr werden sollte. Schließlich hatte Berlin bis zuletzt alles auf eine politische Lösung gesetzt: Reden, nicht schießen, lautete die Maxime. Die Taliban aber wollen: reden und schießen. Als Außenminister Heiko Maas im April 2021 nach Kabul fliegt, verspricht er Präsident Aschraf Ghani etwas, was er nicht halten können: Die Deutschen verschwänden nicht einfach.

In Berlin gilt unverändert jene realitätsferne Sicht, die Staatssekretär Berger vorgibt: »Wir müssen anpassen, dass wir nicht in eine Panikberichterstattung fallen«, schreibt er noch Ende Juli. Während immer mehr Länder – etwa die Niederlande, Dänemark, Norwegen – in den Krisenmodus schalten, bleibt Berlin im alten Trott. Als Einziger fordert der Gesandte Jan Hendrik van Thiel früh Evakuierungen »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln«. Zum Dank witzeln Kollegen intern über seine langen Warnmails: »Meine Güte, schreibt der Kollege hier sein Tagebuch?«

Nicht nur frühe Evakuierungen werden verpasst, sondern auch Warnungen, nach denen sich Menschen selbst hätten in Sicherheit bringen

können. Gleich auf zwei Wegen. Erstens wurden die »Reise- und Sicherheitshinweise« des Auswärtigen Amtes für Afghanistan seit dem 1. August 2021 nicht mehr aktualisiert. Zweitens war der Entwurf für einen »Landsleutbrief« – also Informationen für Deutsche, die im Ausland leben – mit verschärften Reiserichtlinien mehr als zwei Tage lang intern liegen geblieben. Er lag E-Mails zufolge am 9. August abends bereits vor, doch man hielt ihn zurück, auch weil man intern stritt, in welcher Sprache zu twittern sei. Am 11. August nennt ein Referat des Außenamts die Übernahme der Taliban bereits »eine sehr reale Möglichkeit«. Doch ausgerechnet der heutige deutsche Krisenbeauftragte, Jens Jöckisch, sieht keinen dringenden Handlungsbedarf, man könne das ja »auch in der Besprechung morgen diskutieren«. Tatsächlich wird der Landsleutbrief erst am 12. August um 8.02 Uhr publiziert (»dringende Ausreisepflicht«). Zu spät für viele, darunter ein bald darauf in Herat festsetzendes deutsches Ehepaar, eine Deutsche in Kandahar und ein junger Telekom-Mitarbeiter in Kabul. Bis zum Schluss will der Leiter des Afghanistanreferats »das »E-Wort« – Evakuierung – nicht hören.

Insbesondere eine E-Mail – aus allein 600.000 des Krisenreaktionszentrums – zeigt: Man steuerte wissend ins Unheil. Wieder geht es um Staatssekretär Berger: Jens Plötner, Spitzendiplomat und damals »Politischer Direktor« im Auswärtigen Amt, fragt ihn am 7. Juni: »Miguel, was ist dein Gefühl: Sind wir für den Sommer auf den Worst Case vorbereitet? Taliban überrennen eine Regierungsposition nach der anderen, Kabul fällt?« Berger: »Für so ein Extremszenario sicherlich nicht.«

Das Auswärtige Amt gibt selbst zu, blank zu sein. Es hätte am 7. August handeln können, am 9. August handeln sollen und am 11. August handeln müssen. Berger und Plötner müssen demnächst vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages erscheinen, Emily Haber hat bereits ausgesagt. Nach dem Desaster von Kabul stiegen beide auf. Miguel Berger ist heute Botschafter in London, Jens Plötner außenpolitischer Berater des Kanzlers.

Das Verteidigungsministerium

Deutschlands damals oberster Soldat, Generalinspekteur Eberhard Zorn, weilt Mitte August im Italienurlaub. Sein Vize, Markus Laubenthal, ist erfahren, aber nervös, als er die Spitze von Staat und Regierung über die immer angespanntere Lage in Afghanistan unterrichten muss. »Irgendwas muss ich dazu sagen«, schreibt er seinen

Leuten. In der Nacht zu Sonntag, dem 15. August, ist der Worst Case da. Früh am Morgen meldet Laubenthal: Taliban in Ostkabul, es herrsche Angst vor Befreiung eines Gefängnisses mit 10.000 Insassen, die Verbindung zu den USA sei »abgerissen«. Erst jetzt wird gemeldet, wofür andere längst Vorsorge getroffen haben: »Sturm auf Kabul zeitnah möglich.«

Als die Taliban bereits die Frauen von den Straßen Kabuls treiben, wacht Berlin auf – und ist ratlos. Das Außenamt, dem Verteidigungsministerium in wechselseitiger Verachtung verbunden, setzt notgedrungen auf die Militärs: »Hoffentlich haben die was in der Schublade«, heißt es in einer Mail.

Im Wald bei Potsdam liegt das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, von dort aus wird die späte Rettungsaktion nun geführt. Erste Entscheidung: Deutsche haben Priorität, Ortskräfte dürfen nur mit, »wenn Platz ist«. Am 16. August beginnen die Evakuierungsflüge, 230 Soldatinnen und Soldaten gehen am Kabuler Flughafen ins Feuer, elf Tage lang werden sie versuchen, so viele Menschen wie möglich zu retten.

Alarmiert ist das Verteidigungsministerium erst nach dem Fall von Kabul. Nun taucht eine Frage auf, die oft politischem Unheil vorausgeht: Wer wusste wann was? Dass Emily Haber bereits am 6. August das Auswärtige Amt warnte, weiß auch das Verteidigungsministerium. Entsetzt stellt man nun dort fest, dass ein ausgedruckter Vermerk dazu erst am 12. August auf dem Schreibtisch des Generalinspektors landete – sechs Tage nach Eingang im Haus. Und während die Evakuierungsmission in Kabul Fahrt aufnimmt, läuft zu Hause eine zweite an: Operation Spurenbeseitigung.

Habers verpasste Warnung soll rasch »in ein übergreifendes Narrativ« eingebettet werden, so ein interner Vermerk. Am besten in eins, das verschleierte, scheint es. Später behaupten viele, Habers Warnung sei nicht konkret genug gewesen. Merkwürdig. Denn schon ihr Betreff hätte alle Alarmglocken schrillen lassen müssen: »seeing Kabul, thinking Saigon«. Eine Anspielung auf den desaströsen US-Abzug aus Vietnam, jeder im Bendlerblock versteht sie.

Und das Ministerium hätte bereits vor Haber hochschrecken müssen. Das belegt ein bislang unbekannter Militärbericht (VS GEHEIM), der im Tresor verschwand, von der ZEIT aber verifiziert werden konnte. Schon am 5. August – elf Tage vor der Luftbrücke und einen Tag vor Habers Warnung – stellt er klar, dass das United States Central Command (Centcom), das Zentralkommando für den Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien, dem Szenario, Kabul falle und eine Evakuierung werde nötig, eine

Ignoranz, Kompetenzgerangel, verratene Ortskräfte: Einblicke in Geheimpapiere zeigen erstmals das ganze Ausmaß des Versagens rund um den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

VON CHRISTIAN SCHWEPPE



Verteidiger am Hindukusch:
Peter Struck 2004 beim
Truppenbesuch in Faisabad

Stolz daneben: Der deutsche
Außenminister im April 2021
am Kabuler Flughafen



Glücklose Kämpferin:
Annegret Kramp-Karrenbauer
setzte sich für Ortskräfte ein

Tag der Entscheidung:
Am 15. August 2021 stürmen
Afghanen das Rollfeld



»hohe und rasche Eintrittswahrscheinlichkeit« bescheinigt. Wenn die Bundeswehr behauptet, nicht gewarnt gewesen zu sein, so ist dies eine Lüge. Im Bundestag verschwieg man den heiklen Bericht. Genauso wie den Report (*NATO SECRET*) von einem der letzten deutschen Generale in Afghanistan, Thorsten Poschwatta. Auch der warnte bereits im Juni vor dem Zusammenbruch – »trotz jahrzehntelanger Bemühungen«.

Zwei Ministerien, drei Geheimpapiere, ein Gesamtbild: Die Deutschen haben früher mehr gewusst, als sie zugeben, und weniger getan, als nötig gewesen wäre. Sie haben Kabul geschehen lassen. Dennoch erweckt das Verteidigungsministerium den Anschein, es habe seit April einen ausgefeilten Plan besessen. Das stimmt nicht. Es gab zwar Planungen für »Eventualfälle«. Der Operationsplan wird erst am 15. August um 18.45 Uhr verschickt.

Das Kanzleramt

Am fünften Tag der Krise muss Angela Merkel mal raus. In Gießen besichtigt sie das Labor von Justus von Liebig. Kabul ist weit weg. Merkel lässt sich alles zur Geschichte des großen Chemikers zeigen, sie hat Zeit. Danach besuchen sie und ihr Kanzleramtchef Helge Braun ein Mitmachmuseum. In Kabul wird da bereits gestorben.

Der 19. August fasst vieles zusammen. Merkel lobt ein »Schmuckkästchen« und übergeht Fragen zu Afghanistan, wie die Lokalpresse feststellt. In die Kamera sagt sie: »Ich wünsche mir, dass auch heute wieder Flugzeuge wohlbehalten mit schutzsuchenden Menschen landen.« Wer hält eigentlich im Kanzleramt die Stellung? Unklar. Merckels und Brauns Kalender wurden komplett gelöscht, sie selbst war auch am Wochenende des Falls von Kabul wohl nicht in Berlin.

Noch unmittelbar vor dem Kollaps glaubt Merkel, das erst in der folgenden Woche bereden zu müssen. Als es anders kommt, bricht Aktionismus aus: Die Bundeswehr durfte monatelang nur in gepanzerten Maschinen fliegen – Zivilisten und Ortskräfte sollen jetzt in ungeschützte Charterflugzeuge verfrachtet werden. Drei Tage vor dem Taliban-Sieg verkündet Merckels Außenminister im *Morgenmagazin*, »ein bis zwei« Maschinen würden nun eingesetzt. Konkret bedeutet das: Pro Abflug aus Kabul stünden maximal 378 Plätze zur Verfügung – für 12.000 Menschen, die evakuiert werden sollen.

Beim Lesen der Kabul-Papiere setzt sich der Eindruck fest, dass sich Merkel bis zuletzt für Afghanistan nicht wirklich interessiert hat. Fragt

man im Kanzleramt nach, wie oft sie dort gewesen ist, so heißt es: wohl fünfmal. Zuletzt 2013.

Der Bundesnachrichtendienst

Die BND-Zentrale liegt in der Berliner Chausseestraße, von dort aus beobachtet man die Taliban-Rekrutierer und die Vormärsche – und dort irrt man sich mit den Prognosen. Der BND sagt: Niemand sah es kommen. Aber: Australier und Kanadier sahen es durchaus, und die Japaner trauten den Afghanen nicht einmal zu, die Green Zone zu halten. Am 18. August 2021 muss BND-Präsident Bruno Kahl in den Bundestag. Er beteuert: »Wir haben keine Glas-Kugel.« Doch braucht der BND die gar nicht, die Geheimdienstler hätten bloß eigene Akten lesen müssen, Material, das ein befreundeter Dienst geteilt hatte, so am 21. Juli: »Scenarios for the Fall of Kabul« ist das Papier überschrieben. Niemand habe es kommen sehen – eine Mär.

Das mehr als zehn Gigabyte umfassende BND-Material im Kabul-Archiv belegt: Spätestens am 11. August hätte der Geheimdienst Großalarm schlagen müssen. Kabul zunehmend isoliert, Versorgungslinien »wahrscheinlich kollabiert«, ein Kipppunkt erreicht, heißt es dort. Rund 30 vertrauliche und geheime Analysen beweisen, wie gut der BND schon ab März 2020 über den Staatszerfall im Bilde war (»bis hin zur bedingungslosen Kapitulation«). Im Januar 2021 heißt es: Die Taliban seien »wohl umkehrlos überlegen«. Bald darauf: »Es gibt kein Patt.« Der BND hat fast alle Informationen, nur verbindet sie niemand zu einem Gesamtbild. Es folgen Personalwechsel und abgebaute Abhörgeräte – in Kabul versenken Geheimdienstler am Ende ihr Material in einer Grube.

Wahr ist: Ein Versagen des BND ist auch ein Versagen des Kanzleramts, das den Dienst führt. Wer Bruno Kahl kritisiert, muss über Kanzleramtchef Braun reden. Einmal nennt sein Büro den BND-Chef »Herr Karl«, zu Afghanistan gewährt man fünf Minuten Sprechzeit. Das Land verschwindet sogar von der Abhorchliste, das geheime »Auftragsprofil der Bundesregierung« wird geändert – und Afghanistan plötzlich nicht mehr als priorisierter Einzelstaat überwacht. Erst nach dem 15. August wieder.

Im Kanzleramt schwört man sich auf einen Schulterchluss ein. Selbstkritik ja, »nicht jedoch institutionellen Zweifeln« – so heißt es im vorgegebenen Kurs an die BND-Innenrevision. Kein Wunder, wenn sie beim BND dann kein Versagen sehen, sondern allenfalls »Lücken im Geschäftsablauf«.

Das Ortskräfteverfahren

Bis hierhin zeigt sich: Vor dem Fall Kabuls wurden Warnungen ignoriert, Informationen nicht weitergegeben und Gefahren kleingeredet. Doch es gab auch eine aktive Blockade – bei der Aufnahme der Ortskräfte. Hier rutschte nichts durch, hier sollte es so sein. Probleme stecken bereits im Begriff »Ortskräfte«, als seien sie keine Menschen, all die Dolmetscher, Wachleute, Mechaniker und Köche, die den Deutschen halfen. Bei der Evakuierung nach dem 15. August kamen nur wenige von ihnen nach Deutschland. Den Tausenden, die zurückblieben, droht die Rache der Taliban, dabei sollte ein »Ortskräfteverfahren« ihnen Ausreisen ermöglichen. Darüber beraten in Berlin 2021 die Staatssekretäre.

Ihre Unterlagen zeigen, dass es von Anfang an eher darum ging, Ortskräfte vor Ort zu belassen. Die beteiligten Ressorts sehen, dass etwas getan werden muss, aber keiner will eigene Ressourcen dafür hergeben. Eigentlich wissen alle um die moralische Verpflichtung, für die Sicherheit jener zu sorgen, die das hohe persönliche Risiko eingehen, für Deutsche in Afghanistan zu arbeiten. Nur handelt niemand danach. Mit einer Ausnahme.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, bis Ende Januar 2021 auch Vorsitzende der CDU, setzt sich im Laufe ihrer Amtszeit immer wieder für ein vereinfachtes Verfahren ein. Erst als Kanzlerin gehandelt, dann abgeschrieben, steht sie auf der historisch richtigen Seite. Vielleicht weil sie in Kundus selbst gesehen hat, wie ein Unterschenkel aussieht, den eine Taliban-Mine zerfetzt hat. Kramp-Karrenbauer wirbt immer wieder, mehr Ortskräfte ausreisen zu lassen, im Dezember 2020, im April, im Mai, im Juni 2021. Außenminister Heiko Maas, Saarländer wie AKK, wird intern gebrieft: Ihr Vorhaben sei »unseriös«. Als im August Fragen der Presse drängender werden, erinnert Kramp-Karrenbauer daran, was sie alles versucht hat. Das Außenamt ist verärgert – weil es nun umso schlechter aussieht. In einer E-Mail spricht der heutige Kanzlerberater Jens Plötner von einer »Frechheit«, bei AKK stelle sich die »Charakterfrage«.

Am Ende soll alles ein externer Dienstleister lösen, die International Organisation for Migration (IOM). Die Idee lautet: Bedrohte sollen nach Kabul kommen und Daten abgeben, die auf einem USB-Stick von DHL mitsamt Pass in die Türkei geflogen werden. Dort klebt die Botschaft ein Visum ein, DHL fliegt alles wieder zurück, und die Ortskräfte haben ihr Ausreisedokument in der Hand. Acht bis zehn Wochen später. Als das Unterfangen am 2. August 2021,

Monate hinter Zeitplan, anläuft, haben schon mehr als 11.000 Menschen Anspruch auf ein Visum. Es bleiben kaum zwei Wochen bis zum Fall Kabuls – bei drei Scannern und einer Kapazität von zehn Familien-Fällen pro Tag. Im Sommer dieses Jahres liefert die IOM nicht einen einzigen Pass mit gültigem Visum. Trotzdem erhielten die Dienstleister bis heute 3,4 Millionen Euro.

Das Innenministerium

Unbeteiligt war keines der relevanten Ressorts. Nur, wer sabotierte die Aufnahmen zuvorderst? Formal zuständig war das Innenministerium. Dorthin führt die Spur, zu Hans-Georg Engelke, zu jenem Staatssekretär, dessen Leute schon 2020 den Grundsatz »in dubio pro Ortskraft« abschmetteten. Damals zog sich die Einreise von 17 BND-Ortskräften über fast ein Jahr hin, sehr zum Ärger des Geheimdienstes. Auch im AA war man sauer: Das BMI sei »bestrebt, möglichst wenig Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen«, hieß es intern.

Der Widerstand sitzt von Anfang an im Referat B4 (»Internationale Grenzpolizeiliche Angelegenheiten«). Es sorgt dafür, dass Tausende Ortskräfte nicht »in den Genuss einer einfachen Einreise« kommen, wie ein B4-Beamter es zynisch nennt. Gemeinsam mit der Abteilung M (»Aufenthaltsrecht«) wird blockiert, wo es geht. Als eine Bundestagsabgeordnete mahnt, Evakuierung sei Staatsverantwortung, mault eine Beamtin: »Auch nichts Neues.« Eine andere regt an, die Bundespolizei zu verstecken, sodass Afghanen keine Asylanträge bei ihr stellen könnten – ein renommierter Fachanwalt hält dies gegenüber der ZEIT für »nah am Rechtsbruch«.

Wenn man weiß, wo der Widerstand sitzt, weiß man auch rasch, warum er geleistet wird.

Offiziell wurden im Innenministerium damals Sicherheits- und Rechtsbedenken angeführt, wenn es darum ging, das eigene Handeln zu begründen. Doch in Wahrheit ist es noch etwas anderes: Im Sommer 2021 läuft der Wahlkampf, die CSU möchte verhindern, dass eine Einreisewelle aus Afghanistan Wähler verschreckt. »In den nächsten Wochen darf keine große Flüchtlingsdiskussion losgetreten werden«, wird CSU-Innenminister Horst Seehofer in einem Vermerk des Kanzleramts zitiert. Auch die Kanzlerin, für ihre liberale Flüchtlingspolitik global gefeiert, sieht das nun so (»Fehler von 2015 nicht wiederholen«). Erst als immer mehr Bundesländer für Aufnahmen plädieren, findet die seit März 2020 aus

Eigennutz und Politikalkül betriebene systematische Verschleppung der Aufnahme der Ortskräfte ein Ende. Das Innenministerium kippt, akzeptiert vereinfachte Visa, und Seehofer diktiert: »Ich habe immer gesagt und wiederhole: Am Innenministerium wird die zügige Ausreise der Ortskräfte und ihrer Familien nicht scheitern.« Chuzpe nennt man das wohl.

War all das nun Halb- oder Hartherzigkeit? Jedenfalls galten doppelte Standards. Die Deutschen auf der Evakuierungsliste waren stets penibel angeführt, die Ortskräfte nie. Eine BND-Analyse vom März 2021 hält fest: Die Ortskräfte sind »grundsätzlich« bedroht. In der Tat: Für die Taliban waren sie stets Ziele wie die Bundeswehr selbst – nur leichter zu treffen.

Am 11. August 2021 feiert Olaf Scholz, der amtierende Vizekanzler, Wahlkampfauftritt in Bochum. In der Woche zuvor vertrat er Angela Merkel noch im Kabinett, über die Lage in Afghanistan ist er bestens informiert. Doch nun, vier Tage vor dem Fall, ist Kabul weit weg. Wenige Tage später tötet am Kabuler Flughafen eine IS-Bombe fast 200 Menschen, die Rettung vor Augen. Seitdem lässt Kabul die deutsche Politik nicht wieder los.

Offiziell ausgeflogen wurden per Luftbrücke 5.347 Menschen – Ortskräfte ganze 216. Etwa 12.000 warten weiter, Kabul ist daher keine Geschichte von gestern. Sie belastet auch die gegenwärtige Politik. Man erinnere sich an Außenminister Heiko Maas und daran, wie er vor dem Fiasco stolz verkündet hat, was nach 20 Jahren am Hindukusch bleibe: das Bild eines Deutschlands, »das sicherheitspolitisch erwachsen geworden ist«. Schön wär's, wenn wenigstens das gestimmt hätte.

HINTER DER GESCHICHTE

Manche Recherchen brauchen Zeit. Diese begann zwei Jahre nach dem Fall Kabuls mit einem ersten Stapel Regierungsdokumente. Sechs Monate lang wurde geprüft, warum es **keine Notfallpläne** der Bundesregierung gab. Ergebnis: Nicht ein Einzelner versagte, sondern das System. Zur Verifizierung der **Kabul-Akten** sprach unser Reporter mit Ortskräften, Politikern, Militärs und Juristen. Unterstützt wurde er dabei durch **ein Fellowship** von *Netzwerk Recherche*.

März 2011: Die Bundeswehr erreicht mit 5.300 Soldaten ihren Einsatz-Höchststand

1. Januar 2015: Isaf-Kampfeinsatz geht in Ausbildungseinsatz »Resolute Support« über. Insgesamt sterben 53 Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan

Ab 2016: Die Taliban breiten sich weiter aus, Regierung immer umstrittener

15. August 2021: Die Taliban erobern Kabul, Bundeswehr zieht überstürzt ab